

Liebe Genoss\*innen,

wir freuen uns heute zusammen mit euch gegen die Hetze der AfD auf der Straße zu sein. Wir, das ist noROpression, wir haben uns Mitte des letzten Jahres gegründet und möchten von Repression betroffene Antifaschist\*innen unterstützen und die systematische Kriminalisierung von antifaschistischem Aktivismus hier in Rosenheim öffentlich machen.

Ihr stellt euch jetzt sicher die Frage, warum wir hier und heute reden? es soll doch heute um die AfD und ihre Scheiße gehen? Doch wie so oft, wenn es um Protest gegen Rassist\*innen wie von AfD und Co geht, ist staatliche Repression nicht weit. Stadt und Polizei stehen jederzeit bereit, um unseren legitimen Protest zu kriminalisieren und junge Aktivist\*innen mit Anklagen, Ermittlungsverfahren, Anzeigen und Bußgeldbescheiden zu überhäufen.

In Artikel 8 des Grundgesetzes wird die Versammlungsfreiheit für jede Bürger\*in garantiert. In Rosenheim scheint dieser aber für linke und antifaschistische Aktivist\*innen nicht zu gelten!

Schon länger versucht das Ordnungsamt der Stadt Rosenheim, die meist jungen Anmelder\*innen von antifaschistischen

Demonstrationen durch Bußgeldbescheide einzuschüchtern. So soll etwa ein minimal zu lauter Lautsprecher ein Bußgeld von deutlich über 200€ rechtfertigen. Die Liste an lächerlichen Vorwürfen gegen die Anmelder\*innen antifaschistischer Demonstrationen und Kundgebungen in Rosenheim lässt sich noch lange fortführen, die Ermittlungen gegen die Anmelderin der Demo gegen das AfD-Büro Mitte Januar sind nur ein aktuelles Beispiel. Doch egal wie absurd die Vorwürfe sind, der Zweck bleibt immer der gleiche: junge, politisch aktive Menschen sollen von zukünftigem Engagement abgeschreckt und zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen rechte Hetze erschwert und möglichst verhindert werden.

Im Vorfeld der heutigen Demonstration erreichte diese Kriminalisierung einen neuen Höhepunkt. Die Stadt Rosenheim lehnte den ursprünglichen Versammlungsleiter der Demo ab. Die Begründung? Aufgrund von laufenden Ermittlungsverfahren soll er angeblich eine Gefahr für den friedlichen Verlauf der Versammlung darstellen. Wohlgermerkt, unser Genosse wurde für keinen der Vorwürfe verurteilt! Die Unschuldsvermutung scheint hier in Rosenheim anscheinend nicht für linke Aktivist\*innen zu gelten. Wir finden diesen Eingriff in die Versammlungsfreiheit skandalös! Dieses Vorgehen öffnet Tür und Tor für weitere willkürliche Beschneidungen unserer Demonstrationenfreiheit. Die Polizei muss also

nur genug Anzeigen gegen missliebige Personen stellen, damit die Stadt diese dann ablehnen und von ihnen initiierte Versammlungen verhindern kann?

Angesichts der wöchentlich stattfindenden, nicht angemeldeten Spaziergänge der Coronaleugner\*innen, bei welchen Stadt und Polizei demonstrativ wegschauen stellt sich für uns die Frage, ob wir das Vorgehen der Stadt Rosenheim als Aufforderung verstehen sollten auch unsere Demonstrationen nicht mehr anzumelden? Auch wenn wir von Stadt und Polizei Rosenheim nichts mehr erwarten, finden wir den Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement skandalös.

Während Peggy Galic und weitere Schlüsselfiguren der sogenannten Rosenheimer „Coronarebell\*innen“ zu einem netten Gespräch mit Oberbürgermeister Andreas März eingeladen wurden, müssen wir uns mit Bußgeldbescheiden und Einschüchterungen durch seine Schreibtischtäter\*innen beim Ordnungsamt herumschlagen. Es ist also eindeutig, auf welcher Seite Stadt und Polizei stehen!

Lasst uns Politische und Praktische Antworten auf die zunehmende Repression gegen uns finden! Lasst uns zusammenstehen und die Betroffenen der Repression nicht alleine lassen. Egal ob hier in Rosenheim oder bundesweit, die

beste Waffe gegen ihre Repression ist unsere  
Solidarität! United we Stand!